

6. Wahlperiode – 3. Sitzung

Tagesordnungspunkt 7

„Schutzschirm für von Wirtschaftssanktionen gegen Russland betroffene Unternehmen aufspannen“ Drucksache 6/62, Antrag der Fraktion DIE LINKE

13. November 2014

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Der Konflikt in der Ostukraine erfüllt mich – ich denke, das geht allen hier im Hohen Haus so – mit großer Sorge. Vor dem Hintergrund des Jubiläums „25 Jahre Mauerfall“ sage ich auch: Wir sollten versuchen, Russland besser zu verstehen, ohne dabei die völkerrechtswidrigen Aktivitäten in irgendeiner Weise zu tolerieren. Für uns zählt das Minsker Abkommen. Aus diesem Grund hat sich die Bundesregierung, hat sich Deutschland von Anfang an für eine europäische Lösung – gemeinsam mit allen Mitgliedsstaaten – eingesetzt.

Die Sanktionen – Kollege Heidan hat es angesprochen – betreffen im Wesentlichen vier Bereiche: Rüstungsgüter, mehrfach verwendbare Güter – ganz wichtig –, Hochtechnologie für die Erdölförderung, Finanztransaktionen von Banken und Rüstungsfirmen. Russland hat mit Agrarsanktionen geantwortet.

Ja, sächsische Unternehmerinnen und Unternehmer haben Sorge um die Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen zu ihren Wirtschaftspartnern in Russland. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aus meiner Sicht spielen aber – auch das hat Kollege Heidan angesprochen – noch andere Kriterien eine Rolle, Kriterien, die mindestens genauso zu berücksichtigen sind: einerseits die schon angesprochene Rubelabwertung, andererseits die angeheizte Inflation und die damit in Verbindung stehende, schon länger andauernde wirtschaftliche Krise in Russland.

Für uns als Sachsen ist Russland der sechstwichtigste Handelspartner. Wir müssen und wir werden – wir tun das bereits – jedem einzelnen Unternehmen, das betroffen ist, helfen. Kollege Heidan hat die Exportgarantien und die Hermes-Bürgschaften bereits genannt. Wir nutzen aber auch das Instrument der Kurzarbeit. Das gilt für unsere Betriebe im Kammerbezirk Chemnitz genauso. Wir unterbreiten auch Angebote in der Außenwirtschaftsförderung.

Die Bundesregierung hat bereits im März reagiert und eine Beratungsstelle eingerichtet. Mit dieser Beratungsstelle wird versucht, jeder Firma, jedem Unternehmen zu helfen. In Sachsen tun wir genau das Gleiche: Die Sächsische Aufbaubank und die Sächsische Bürgschaftsbank sind sensibilisiert. Wir versuchen, jedem einzelnen Unternehmen zu helfen.

Ich komme aus Chemnitz und habe in unserem Kammerbezirk nachgefragt, wie es vor Ort wirklich aussieht. Nico Brünler, du hast vorhin schon versucht, es anzusprechen. Die Zahlen sehen aber aus meiner Sicht etwas anders aus. Wir haben im Kammerbezirk Chemnitz über 90 000 Unternehmen. Die IHK Chemnitz hat jüngst eine Konjunkturumfrage gestartet und genau danach gefragt: Wie wirken sich die Sanktionen auf die Unternehmen im Kammerbezirk Chemnitz aus? – Von den 90 000 Unternehmen sind 2,9 % – 2,9 %! – betroffen. Das betrifft hauptsächlich die Industrie, den Maschinen- und Fahrzeugbau.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Das sind doch sehr wichtige Bereiche!)

Hier aber ein Horrorszenario an die Wand zu malen und den Niedergang der sächsischen Wirtschaft heraufzubeschwören, ist aus meiner Sicht, lieber Kollege Brünler, zumindest grenzwertig.

Ich möchte an dieser Stelle aus dem Bericht der IHK über eine Veranstaltung im Oktober zitieren: „Die sächsische Wirtschaft sollte nicht als Hebel gegenüber Russland gebraucht werden. Die wirtschaftlichen Interessen vieler EU-Mitgliedsstaaten sind weniger auf den russischen Markt gerichtet.“ Das Fazit dieses Berichts: „Die jeweilige Heimatwirtschaft wird wenig oder kaum von den Embargomaßnahmen betroffen.“

Ich sage es noch einmal: Die Zahlen stimmen uns, stimmen mich mit Sorge. Russland ist für Sachsen der sechstwichtigste Handelspartner. Wir brauchen den Zugang zum russischen Markt. Wir brauchen Rohstoffe und Energien und – zu den Dresdnern gesprochen – wir brauchen auch die russischen Touristen in der Stadt. Keine Frage. Eine Akzentverschiebung der russischen Wirtschaft hinein nach China oder in den pazifischen Raum kann nicht in unserem sächsischen Interesse sein. Wir setzen uns für einen Dialog der sächsischen Unternehmen mit der russischen Wirtschaft ein.

Lassen Sie mich zum Schluss zu Ihren drei Punkten aus dem Antrag kommen. Zum Punkt 1, Kollege Brünler. Er ist mit Ihrer Anfrage 6/94 eigentlich aus meiner Sicht erledigt. Die Antwort war ganz eindeutig. Kein einziges sächsisches Unternehmen hat Hilfen beantragt. Null. Kein einziges.

Punkt 2. Ich hatte ausgeführt, dass das Land Sachsen und die Bundesregierung handeln. Es wird sich um jedes einzelne Unternehmen gekümmert. Um auf unsere sächsischen Verhältnisse und die Verhältnisse im Landtag zurückzukommen – wir haben heute Morgen einen neuen Wirtschafts-, Arbeits- und Verkehrsminister vereidigt. Kollege Brünler, ich kann Ihnen versichern, für Martin Dulig ist Transparenz ein ganz, ganz hohes Gut. Für mich ist dies ein klassisches Thema für den Fachausschuss. Ich kann Ihnen versichern, der neue Wirtschafts-, Arbeits- und Verkehrsminister wird Sie über alle Dinge unterrichten, die wichtig sind, wird Ihnen transparent alles im Fachausschuss zeigen, und wenn Sie eigene politische Initiativen verfolgen, wird er sicherlich versuchen, das auch mit Ihnen gemeinsam umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ja, die sächsische Wirtschaft und einzelne Unternehmerinnen und Unternehmer sind in Sachsen von der Krise betroffen, keine Frage. Hier ein Horrorszenario an die Wand zu malen ist aus unserer Sicht grenzwertig. Wir handeln bereits, wir reden nicht darüber, und genau aus diesem Grund, weil wir bereits handeln und nicht nur darüber reden, wird meine Fraktion diesen Antrag ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)